



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/249 - 3.11.1954

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 890

Antwort auf Unterstellungen	S. 1
Britischer Parteienkonflikt um das Fernsehen	S. 3
Bayerisches Wahlen	S. 5
Hochschule und Politik	S. 6

Adenauer gegen Adenauer, nicht Mommer gegen Mommer

Von Dr. Karl Mommer, M.d.B.

Der Deutschland-Union-Dienst brachte in seiner Nr. 209 einen Artikel mit der Überschrift: "In Sachen Mommer gegen Mommer", in dem nachgewiesen werden soll, dass meine scharfe Kritik an dem Saarabkommen vom 23. Oktober im Gegensatz zu den von mir in einem Artikel der "Stuttgarter Zeitung" vom 9. Oktober aufgestellten Grundsätzen für eine Saarlösung stehe. Mit einigen willkürlich aus meinem Artikel vom 9. Oktober herausgegriffenen Zitaten soll bewiesen werden, dass das was ich gefordert habe, vom Bundeskanzler erreicht worden sei und jetzige Kritik nur aus dem bei der Opposition üblichen Geist des "Trotzdem-Njet" zu verstehen sei.

Die Behauptung, die Opposition sage Nein, wann immer die Regierung Ja sage, wird gerade durch die Vorgänge um das Saarabkommen als bewusste Verdrehung der Wahrheit offenbar. Dem DUD ist sicher nicht entgangen, dass am Freitag, den 22. Oktober in Paris der Bundeskanzler seine für unverzichtbar erklärten Forderungen für ein Saarabkommen den Vertretern der Bundestags-Fraktionen, einschließlich der SPD-Fraktion vorzutrug. Die Aussprache über diese Punkte, die keine Wunschliste, sondern ein Verhandlungsprogramm mit großen Zugeständnissen an Frankreich enthielt, zeigte, dass die Vertreter der Fraktionen diese Marschroute billigten und auch die Sozialdemokraten ihr zustimmen konnten. Muß daraus nicht jeder Rechtschaffene folgern, dass das Ja oder Nein der

Opposition ausschließlich von Inhalt und Wert einer Vorlage abhängt?

Der Unfall des Kanzlers

Am Samstagmorgen, den 23. Oktober trug der Bundeskanzler das Ergebnis seiner nächtlichen Verhandlungen mit Mendès-France vor. Möge der Schreiber des DUD sich bei Teilnehmern darüber unterrichten, dass selbst die Gesichter der CDU-Teilnehmer lang und länger wurden, als sich zeigte, wie sehr das von Adenauer in der Nacht Angenommene im Gegensatz zu dem am Vortage mit den Fraktionen Vereinbarten stand. Die langen CDU-Gesichter sind inzwischen gewiß wieder auf Linie gegangen, wie das nicht anders zu erwarten war, aber selbst heute wagt niemand in der CDU, dieses Saarabkommen für eine positive Leistung des "Alten" zu erklären. Aber nicht nur die "immer Nein-sagende Opposition", sondern auch die Koalitionspartner der CDU halten dieses Abkommen für unannehmbar. Es ist hier nicht unsere Aufgabe zu untersuchen, ob und wann die langen Gesichter und die scharfen Äußerungen dieser Partner auch wieder auf Linie gebracht werden können. Fest steht, dass heute nicht nur Sozialdemokraten von der Sache her um entscheidender Lebensrechte und demokratischer Grundsätze Willen, diesen Saarabkommen ein Nein entgegensetzen. Dass der "Bund Vertriebener Deutschen" unter ihnen ist, scheint uns besonders bemerkenswert.

Verschiedene Textauslegungen

Die CDU stütze sich auf juristische Tatsachen, während ich nur subjektive Befürchtungen vorbringen könne, schreibt selbstzufrieden der DUD. Wir freuen uns auf die Debatte im Bundestag, in der die CDU-Redner beweisen werden, dass ihre Auslegung des Pariser Textes auf den "juristischen Tatsachen" beruht, während die Auslegungen, die man von der anderen Seite hört, wohl auch nur "subjektive" Interpretationen darstellen. Hier seien nur zwei zitiert: "Le Monde" schreibt am 24.10., man müsse die Größe des Opfers für die Deutschen voll anerkennen, zumal sie auf einen Bevölkerungsteil verzichten, dessen Deutschstämmigkeit nicht bestritten werden kann. Oder Herr Grandval, der am 29. Oktober sagte, das Saarabkommen enthalte zwar im Hinblick auf den Friedensvertrag gewisse juristische Formeln, aber auf politischem Gebiet müsse die gefundene Entscheidung als endgültig angesehen werden.

Wir wollen annehmen, dass dem DUD soviel wie uns an der "richtigen" juristischen Ausdeutung des Textes gelegen ist, und dass er unsere sozialdemokratischen Bemühungen bei der parlamentarischen Behandlung des Abkommens unterstützen wird, durch weitere diplomatische Verhandlungen den juristischen Sinn der Texte herauszufinden, den beide Verhandlungspartner dem jetzt offensichtlich verhängnisvoll vieldeutigen Text geben werden!

Es ist richtig, dass ich - mit meiner Partei - die juristische und politisch-tatsächliche Vorläufigkeit eines Saarabkommens sowie die Herstellung uneingeschränkter Freiheitsrechte für die Deutschen an der Saar als Kernpunkte eines annehmbaren Saarabkommens dargestellt habe. Es ist falsch, dass diese Forderungen in dem getroffenen Abkommen erfüllt seien. Ich verweise auf die Auslegungen in Paris und Saarbrücken, sowie die Punkte des Abkommens, die durch ihren Europäisierungscharakter die von der anderen Seite gewollte Tendenz zum definitiven "europäischen Territorium" stützen. "Europäisches Statut" heißt das Machwerk; das deutsche Gebiet wird dem Verhältnis Bundesregierung zu französischer Besatzungsmacht entzogen und einer europäischen Organisation unterstellt; den Wünsche Hoffmanns entsprechend wird der Sitz der Montan-Union nach Saarbrücken verlegt, in die Johos "Saarland" als siebenter Mitgliedstaat eingeführt wird; im Abkommen selbst wird die Regierung Hoffmann zum indirekten Vertragspartner. Mit diesen Elementen des Definitiven verwundert es nicht, in der Präambel zu erfahren, dass der Grotewohl des Westens dem Abkommen ausdrücklich zugestimmt hat.

Die Furcht vor freien Wahlen

Seine Zustimmung ist für die Auslegung der Bestimmungen über die demokratischen Freiheiten besonders wichtig. Ich weiß aus den Verhandlungen im Europarat, dass man in Saarbrücken sowie in Pankow freie Wahlen fürchtet, wie der Teufel das Weihwasser. Der "Freiheitsartikel" VI des Abkommens, der im 1. Absatz den Lizenzzwang für Parteien und Zeitungen beseitigen will, ist in dem von "Le Monde" veröffentlichten französischen Text überschrieben "Unmöglichkeit, das Statut in Frage zu stellen". Der entsprechende 2. Absatz des Artikels ist im Gegensatz zum ersten fett gedruckt. Wer die bisherige französische und separatistische Praxis kennt, weiß, dass er von vornherein als die Handhabe zum Verbot von Parteien und Zeitungen gedacht war, die nach dem vorgesehenen Express-Plebiscit für den Friedensvertrag den Verbleib des Gebietes bei Deutschland erstreben und dieses miserable Nachsitzungsabkommen wird zwischen Referendum und (wiederum Express-) Landtagswahl von niemand anders als der bestehenbleibenden Regierung Hoffmann ausgelegt und angewandt werden!

Nein hier gibt es kein Mommer gegen Mommer, wohl aber einen Adenauer vom 22. gegen Adenauer vom 23. Oktober. Und in wachsendem Maße wird es den Unterzeichner Adenauer gegen den Unterzeichner Mendès-France geben.

+

+

+

- 3 -

Englisches Fernsehen durch die Parteibrille

E.A., London

Binnen Jahresfrist werden wir in England ein "Blaues" Wunder erleben, wenn das Werbefernsehen hier zu operieren beginnt. Die von der Regierung mit großer Energie ins Leben gerufene "Unabhängige Fernseh-Behörde" hat den Schleier fallen lassen. Die Programme, die man den englischen Fernsehern als sogenanntes zweites Programm vorsetzen wird, werden wahrscheinlich zum überwiegenden Maße von Gesellschaften zusammengestellt und produziert werden, die von den großen Tory-Press-Konzernen aufgezogen wurden.

Gewiss hatten viele, darunter die Labourparty, Lady Bohan-Carter, der Erzbischof von Canterbury, Lord Waverley und die Erziehungs- und Universitätsautoritäten vor den Gefahren des Werbefernsehens gewarnt. Aber die Konservativen peitschten ihr Gesetz durch, das eine zweite Fernsehbehörde neben der BBC schaffte. Der neuen Behörde wurde gesetzlich "Unparteilichkeit in Angelegenheiten von politischer und industrieller Umstrittenheit" vorgeschrieben. Nach dem, was jetzt bekannt wurde, soll diese Überparteilichkeit so ausssehen, dass fünf Tage der Woche in der Londoner Gegend z.B. das zweite Fernsehprogramm von Lord Rothermere's Associated Newspapers produziert würde. Den Norden Englands würde Lord Kemsley, ein ebenso blaublütiger Tory wie Lord Rothermere, durch seine Programmbeteiligung beherrschen.

Diese Einzelheiten haben sofort bei Bekanntwerden laute Proteste hervorgerufen. Im Parlament bemühen sich die Labourabgeordneten zu erfahren, wie sich die Vorzugsstellung der Tory-Presselords mit den Klauseln des Fernsehgesetzes vertrage. In der Theater- und Künstlerwelt ist man betroffen, dass die großen Unterhaltungsagenturen einfach bei der Programzuteilung übergangen wurden. Selbst ein unabhängiger Journalist wie Randolph Churchill, der Sohn Sir Winstons, ließ im "Observer" einen wahren Entrüstungsschrei los.

Sicherlich hatte das Parlament, als es die Schaffung einer "Unabhängigen Fernseh-Behörde" neben und im Wettstreit mit der BBC

3.11.1954

beschloß, nicht beabsichtigt, dass nun die Programmproduktion in die Hände der Pressekonzerne fallen sollte. Noch waren sich die Hörer und Seher der BBC-Programme bewußt, dass aus ihren Lizenzgebühren rund sechs Millionen D-Mark jährlich abgezweigt werden, um die neue Behörde zu finanzieren, durch die nun die Presselords das voraussichtlich riesige Werbegeschäft im Fernsehen monopolisieren wollen. Die Hintermänner sind exponiert. Unabhängigkeit im Fernsehen bedeutet nichts anderes als freies Feld für die geschäftstüchtigen Presselords.

Die Fernseher laufen ja nicht nur Gefahr, dass sie sich das zweite Programm durch die politisch blaue Brille anschauen müssen. Nach dem Statut der neuen Behörde dürfen "guter Geschmack und Anstand" in den Programmen des Werbefernsehens nicht verletzt werden. Aber wer wird nun zu Geschmacks- und Anstandshütern berufen? Männer wie Lord Rothermere und Lord Kemsley, die in den Sonntagsblättern wie "Empire News" und "Sunday Dispatch" das Leserpublikum mit intimen Prozessberichten und "unverhüllten" Bildern anlocken. Sie brauchen keine Pressekritiken zu fürchten. In Fleet-street herrscht stärker denn irgendwo der Grundsatz, dass "Dog don't eat dog", eine Krähe der andern kein Auge aushackt. Die unabhängige Kritik am Fernsehprogramm würde stillschweigend unterdrückt.

Nun, die neue Behörde ist unabhängig von der BBC. Aber sie ist dafür sofort in die Abhängigkeit finanzkräftiger Konzerne verfallen. Nur Pressekonzerne, die bereit sind, sofort Millionen in das Werbegeschäft zu stecken, haben Berücksichtigung gefunden. Der "Manchester Guardian" und die Labour nahestehende Odham Press haben es abgelehnt, sich bei der Aufstellung von Programmgesellschaften zu beteiligen. Es wird also keine farbfreien und keine rosaroten, sondern nur "blaue" Programmgesellschaften für das Werbefernsehen geben, wenn nicht, ja wenn nicht doch noch in letzten Augenblick die allgemeine Misstimmung den blauen Dunst hinwegfegt.

+ + +

- 5 -

Nur leise klerikale Kammermusik...

Rw. München, Anf. Nov.

"Gott mit Dir, Du Land der Bayern" wurde in der Vorwoche bei der Jahrestagsfeier der Bayernpartei im münchener Löwenbräukeller gesungen. Ein ausgesuchtes Programm bekannter Kabarettkünstler sicherte den Erfolg der Veranstaltung, bei der das geduldige Publikum einige politische Reden über sich ergehen ließ. So sinnig das fromme Bayernlied auch klingt, so garantiert es allerdings keinen Wahlerfolg. Die altbayerische Kirchturmperspektive, bei der Franken und das bayerische Schwaben nicht nur gefühlsmäßig, sondern auch wahlarithmetisch ausscheiden, ist als Wahlprogramm im Zeichen weltpolitischer Ereignisse ein Wahlfaktor von unmessbarer Größe. Alle Meinungsforschung versagt beim Versuch, voraussehen zu wollen, in welchen Stadtteilen Münchens und in welchen niederbayerischen Dörfern, die Bayernpartei genügend Stimmen aufzubringen vermöchte, um die Zehn-Prozent-Klausel zu überwinden.

Auch sonst sind politische Wettervoraussagen vier Wochen vor der Landtagswahl in Bayern keineswegs leicht, zumindest in Bezug auf die kleineren Gruppen wie BHE und die, kulturpolitisch auf liberale Strömungen des städtischen Bürgertums spekulierende, FDP. Für die beiden bestimmenden Parteien CSU und SFD wurde kürzlich von der Meinungsforschung behauptet, SFD Aussichten hätten sich gebessert. Im Lande selbst gewinnt man sehr unterschiedliche Eindrücke, die aber stets mit Vorsicht gewertet werden müssen. In München geht man nicht gerne in Versammlungen, auf dem Lande und in kleineren Städten sind dagegen Wahlversammlungen oftmals gut besucht. Trotz vieler Auseinandersetzungen im spezifisch bayerischen Bereich, kann kein Zweifel darüber herrschen, dass das allgemeine Interesse zur Zeit bei den Pariser Vereinbarungen liegt. Zwar schreibt die amtliche "Bayerische Staatszeitung" vorzugsweise über die Lage der Deutschen in Südtirol und vermeidet sorgsam jede Stellungnahme zur Saarfrage. Aber die nicht mehr überschaubare Bindung zwischen der Saarfrage und der, in großen Teilen Bayerns sehr unpopulären, Wiederaufrüstung beherrscht alle privaten politischen Unterhaltungen.

Natürlich gibt es auch spezifisch bayerische Auseinandersetzungen. Die SPD beherrscht zur Zeit das Feld mit ihrer Kampfansage an die Einflüsse der "Goldenen Hand" auf das politische Leben des Landes. Von der Gegenseite wußte man bisher nur zu antworten, dass das Geld, das man von "der Wirtschaft" nehme, nie an Bedingungen gebunden sei und die SPD doch unmöglich allein von Beiträgen und Zuwendungen der Abgeordneten leben könne. Die kulturpolitische Auseinandersetzung ist bisher weniger betont als man allgemein erwartet hatte. Den wilden Posamentenstößen des Fraktionsvorsitzenden Prälat Meixner nach der Bundtagswahl im September 1953 folgte nunmehr in der Wahl nur leise klerikale Kammermusik mit leichten Einweisen auf die bösen Sozis, die in Niedersachsen erst dann eine Konfessionsschule zulassen, wenn am Ort eine achtklassige Gemeinschaftsschule besteht. Solche gottlose Grundstücke dürfen in Bayern nicht Platz greifen, sagt die CDU; und versucht in ihren Wochenblättchen "Bayern-Kurier" den Nachweis zu führen, dass nur gelegentlich ein Kind fremder Konfession in den Konfessions-Zwergschulen des flachen Landes zu finden sei.

Damit man sich immerhin nicht täusche, wird im kulturpolitischen Wahlprogramm der CSU noch ausdrücklich die Forderung erhoben, dass auch die Berufsschulen eine "religiös-sittliche Berufsauffassung" zu pflegen haben. Schreiner, Schuster, Mechaniker oder kaufmännische Lehrlinge, die nach Auffassung der beiden vorherrschenden Kirchen als Altkatholiken, Baptisten, Adventisten oder gar Konfessionslose der religiös-sittlichen Berufsauffassung ermangeln, können sich demnach auf allerlei gefasst machen, wenn die Konstellation im künftigen Landtag von Bayern der CSU die Möglichkeit geben würde, ihre kulturpolitischen Ziele voll zu verwirklichen.

+ + +

Sozialistische Hochschulpolitik

K.N. In der ständig anhaltenden Diskussion um das Verhältnis zwischen Hochschule und Politik hat es nur sehr selten überraschende oder gar sensationelle Vorschläge gegeben. Meist kam man und kommt man zu dem gewiß nicht revolutionierend wirkenden Ergebnis, dass die Hochschule zwar weitgehend der Förderung durch die Gemeinschaft bedürfe, dass man sie aber von Staat und Politik fernhalten müsse.

Forschung und Lehre seien autonom. Nur in der Freiheit könne sich die Wissenschaft entwickeln. Die Hochschulen sollten sich deshalb aus der Politik heraushalten.

Die geschichtliche Erfahrung - besonders das Beispiel von 1933 - hat gezeigt, dass dieser Gedankengang - so richtig er in einzelnen Phasen sein mag - einen gefährlichen Kurzschluß aufweist. Den Kurzschluß nämlich, dass sich die Wissenschaft ihre Freiheit am besten durch vollständige Enthaltensamkeit in der Politik sichern könne. Tatsächlich kann die Wissenschaft nur dann frei bleiben, wenn die politische Freiheit gesichert ist. Deshalb sollten - wenn man gewillt ist, aus der Erfahrung zu lernen - die Hochschulen, Professoren und Studenten, aus der Isolierung heraustreten, ihre Mitverantwortung gegenüber der Gemeinschaft bejahen und im freiheitsfördernden Sinne einen aktiven Anteil am Staate nehmen.

Die Tagung der Sozialistischen Hochschulgemeinschaft, die am vergangenen Wochenende in Marburg stattfand, hat zweifellos in erheblichem Maße dazu beigetragen, diese engen Wechselbeziehungen zwischen Wissenschaft und Politik sichtbarer und deutlicher zu machen. Die mahnenden Worte des SPD-Vorsitzenden Ollenhauer, der an die Vertreter von Wissenschaft und Politik die Aufforderung richtete, die immer stärker werdenden Wechselwirkungen zwischen beiden Sektoren zu erkennen, dürften daher als ein in diesem Stadium der Diskussion neuer Beitrag gewertet werden. Die blinde Anhänglichkeit an das Ideal einer vom politischen Tagesgeschehen isolierten "Gehlehrtenrepublik", so sagte Ollenhauer, trage große Gefahren in sich und sollte einem ernsthaften Verantwortungsbewußtsein gegenüber Staat und Politik weichen.

Es ist selbstverständlich, dass auch die Rolle des Studenten in einer in diesem Sinne verstandenen Hochschulpolitik nicht mehr in den ausgefahrenen Gleisen der "traditionellen" Auffassung gesehen werden kann. Der Student muß wissen, dass er nicht nur für sich persönlich studiert. Er übernimmt mit dem Studium gleichzeitig eine Verpflichtung gegenüber der Gemeinschaft, die Verpflichtung, sein Wissen später zum Nutzen der Gesamtheit zu verwenden. Der Sozialistische Studentenbund, der ebenfalls in der vergangenen Woche in Marburg tagte, hat sich diesem Gesichtspunkt der Verpflichtung gegenüber Staat und Politik seit jeher zu eigen gemacht.

So wird die Reform der Hochschule, die als Diskussionsthema im Mittelpunkt der beiden Marburger Tagungen stand, nicht nur vom Institutionellen her durchzuführen sein. Ohne die Einsicht des einzelnen, in diesem Fall der Professoren und Studenten, dürften noch so hoch gesteckte Ziele nicht zu erreichen sein.

Verantwortlich: Peter Raunau